

### Beschlußantrag

der Landtagsabgeordneten Otmar Brix (SPÖ), Barbara Schönagel (FPÖ) und Hannelore Weber (GA) betreffend Maßnahmen zur Müllvermeidung, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 19. November 1993.

Das Wiener Landesabfallwirtschaftsgesetz ist zweifellos eine wirksame Grundlage, eine geordnete Mülltrennung und -entsorgung für Wien zu gewährleisten. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, daß das bereits vorhandene Problembewußtsein in der Bevölkerung weiter gestärkt wird, wobei vor allem der auch im Wiener Abfallwirtschaftsgesetz an oberste Stelle gereichte Gedanke der Müllvermeidung im Vordergrund zu stehen hat. Dies ist auch und besonders in Hinblick auf Verpackungen und die Vermeidung von Verpackungsmüll zu sehen.

Die seit 1. Oktober 1993 gültige Verpackungsverordnung, BGBl. 645/1992, versucht, bereits produzierten und in Umlauf gebrachten Verpackungsmüll einer geordneten Entsorgung bzw. Wiederverwertung zuzuführen. Ungeachtet der mit dem Inkrafttreten der Verpackungsverordnung auftretenden Schwierigkeiten und Probleme, setzt diese erst beim bereits entstandenen Müll an, und stellt daher kein wirksames Instrument der Abfallvermeidung dar. Sicherlich ist gerade im großstädtischen Bereich die systematische Trennung und die weitestgehende Wiederverwertung von Müll eine Notwendigkeit. Es ist jedoch unabdingbar, Maßnahmen zu setzen, daß Verpackungsmüll auf das unbedingt notwendige Ausmaß reduziert wird, indem unnötige Verpackungen vermieden bzw. Mehrweg- und Pfandsysteme oder ähnliche Regelungen forciert werden. Dies kann nur durch Maßnahmen im Bereich der Produktion und des Handels geschehen. Eine Landesregelung ist daher nicht möglich bzw. sinnvoll, es bedarf der Unterstützung des Bundes.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

### Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Bundesregierung möge dafür Sorge tragen, daß rasch konkrete Maßnahmen - zum Beispiel im Sinne einer Forcierung von Mehrweg- und Pfandsystemen bzw. ähnlichen Regelungen - realisiert werden. Um dem Prinzip der Müllvermeidung tatsächlich Rechnung tragen zu können und das Entstehen von nicht notwendigen Müll wirkungsvoll zu verhindern wird die Bundesregierung ersucht, der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie den Auftrag zu erteilen - innerhalb von sechs Monaten - einen Entwurf für ein Abfallvermeidungsgesetz vorzulegen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Magistrat Wien, 1. BÜRO
VERZEICHNIS
des Bürgermeisters
Eing. 13. NOV. 1993
1463/LAT/93



mit  
Mehr  
bed





